

Gärtner-Zeitung

Gewerkschaftliche Zeitschrift des Allgem. Deutschen Gärtner-Vereins
(Sitz Berlin) und des Verbandes der Gärtner Österreichs (Sitz Wien)

Erscheint jeden Sonnabend.

Für Mitglieder oben genannter Verbände jede zweite Nummer mit der illustrierten Beilage „Gärtnerei-Fachblatt“. Mitglieder dieser Verbände erhalten beide Fachzeitschriften unentgeltlich. Annahmeschluss für dringende Berichte: Montag früh.

Schriftleitung und
Versand:

Berlin S 42, Luisenufer 1
Fernruf: Moritzplatz 3725

Bezugs-Bedingungen:

Vierteljährl. ohne „Gärtnerei-Fachblatt“ durch die Post 3.- Mk. unter Streifband 3 50 Mk. — Sonderbezug des „Gärtnerei-Fachblatts“ vierteljährl. durch die Post 1.— Mk. unter Streifband 1.30 Mk. — Geschäftl. Anzeigen nur im „Gärtnerei-Fachblatt“

Die zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder des A. D. G. V. erhalten während dieser Zeit die Allgemeine Deutsche Gärtner-Zeitung regelmäßig zugestellt. Die Zustellung erfolgt vierteljährig durch Feldpostbrief. Bei etwaigem Ausbleiben ist dies sofort der zuständigen Versandstelle zu melden und dabei jedesmal die genaue Feldadresse (ohne Abkürzungen!) mitzutellen. — Von der Beitragsleistung sind die zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder befreit. (Mitgliedsbücher sind beim Verbands zum Aufbewahren zu hinterlegen.)

Das „Gärtnerei-Fachblatt“ wird während der Kriegszeit nicht herausgegeben; sein Anzeigenteil erscheint in dieser Zeit in der „Allgemeinen Deutschen Gärtner-Zeitung“. — Anzeigen-Bedingungen: Die fünfgespaltene Nonpareillezeile 30 Pfg. Bei Wiederholungen Ermäßigung. Schluß der Anzeigen-Aannahme eine Woche vor dem Erscheinungstage. Alleinstehende Anzeigen-Aannahme: Josef Wichterich, Verlagsgesellschaft m. b. H., Leipzig, Besenstraße 6.

Verhandlungsbericht

Über gemeinschaftliche Sitzungen von Hauptvorstandsvertretern des V.D.P., des A.D.G.V. und des D.G.V.

Am 25. März 1916 fand in Wannsee, Wirtschaft zur alten Post, eine gemeinsame Zusammenkunft von Hauptvorstandsvertretern des V.D.P., des A.D.G.V. und des D.G.V. statt. Es nahmen an derselben teil a) vom V.D.P.: Karl Foth, Fr. Jänisch; b) vom A.D.G.V.: Otto Albrecht, Jakob Löcher; vom D.G.V.: Albert Müller, Hermann Völler. Ferner als Vertreter der örtlich zuständigen Gruppen bzw. Gaue: Strohalm, August Lehmann (vom V.D.P.), L. Steinberg (vom A.D.G.V.); die örtlichen Gruppen des D.G.V. wurden durch Müller und Völler mit vertreten.

Die Zusammenkunft der Hauptvorstandsvertreter sollte dem Zwecke einer gemeinsamen Aussprache über die Kinderlosigkeitsbedingung in der Privatgärtnerei dienen. Im Anschluß daran sollte beraten werden, welche Maßnahmen wohl geeignet sein könnten, im Bezirke von Groß-Berlin für die Privatgärtner Teuerungszulagen herbeizuführen.

Die Aussprache über die Kinderlosigkeitsbedingung förderte im wesentlichen übereinstimmende Ansichten zutage. Man einigte sich darauf, die Anwesenden möchten jeder für seinen Teil einer nächsten Zusammenkunft bestimmtere Vorschläge unterbreiten.

In der Aussprache über die Erlangung einer Kriegsteuerungszulage hatte die Berliner Ortsverwaltung des A.D.G.V. eine gemeinsame öffentliche Mitgliederversammlung angeregt. Der Meinungsaustausch ergab hierfür wenig Neigung, weil gegenwärtig mit allzu geringem Besuche gerechnet werden müsse. Man wurde sich dann schlüssig, eine kurze gemeinsame Kundgebung auszuarbeiten, die dem Nachrichtenamt des Reichsverbandes f. d. d. G. zum Versand an die in Betracht kommende Tagespresse zu übermitteln sei. (Die Verbreitung durch dieses Nachrichtenamt ist in gewünschter Weise erfolgt, leider sind jedoch nur wenige Zeitungen der Bitte um Abdruck nachgekommen.) Ferner sollten unsere drei Verbandszeitschriften diese Kundgebung abdrucken (ist in der Ausgabe unserer Zeitschrift vom 8. April 1916 geschehen. Anmerkung der Schriftleitung der A.D.G.Z.), und des weiteren sollten die Mitglieder ersucht werden, für Unterbringung in der sogenannten Lokalpresse solcher Bezirke sich zu bemühen, wo Privatgärtner in größerer Zahl beschäftigt werden. — Diese ursprünglich nur örtlich angeregte Angelegenheit wurde damit zu einer Gesamtsache der drei Verbände erhoben.

Am 24. Juni 1916 fand eine zweite Sitzung von Hauptvorstandsvertretern der drei genannten Verbände statt, diesmal in Berlin, Dessauer Straße 1, Wirtschaft Dessauer Garten. An dieser nahmen teil: a) vom V.D.P.: Carl Foth, Fr. Jänisch; vom A.D.G.V.: Josef Busch, Otto Albrecht, Jakob Löcher; vom D.G.V.: Gustav Hälsler, Albert Müller, Hermann Völler. Ferner als Gäste: August Lehmann (V.D.P.) und Jakob Bach (D.G.V.).

Erster Verhandlungsgegenstand: Ebehindernde und geburtenzahlbeschränkende Arbeitsbedingungen. Man ist sich darüber einig, daß diese Angelegenheit ziemlich

verwickelt liegt, daß die Ursachen mannigfaltiger Art sind und darum die Bekämpfungsmittel den Ursachen entsprechend angewendet werden müssen. Die Angelegenheit erfordert noch mancherlei Einzelforschungen, um Richtlinien ausarbeiten zu können, die dieses Gebiet vollständig erfassen. Für die heutigen Verhandlungen wird folgende Vorlage unterbreitet:

Ebehindernde und geburtenzahlbeschränkende Arbeitsbedingungen.

I.

a) Es ist ein Anschreiben an die Herausgeber, Verleger und Schriftleitungen der gärtnerischen Fachpresse und aller sonstigen gartenbaulichen Zeitschriften zu richten, durch welches ersucht wird, einen ständigen Aufruf zu veröffentlichen, der auffordert, verheiratetes männliches Arbeitspersonal in erster Linie zu berücksichtigen und mit Kindern gesegneter Familienväter zu bevorzugen.

b) Ein in demselben Sinne gehaltener Hinweis soll in allen Vordrucken mit aufgenommen werden, die für den Schriftwechsel im Stellennachweisverkehr zur Verwendung kommen, besonders an Briefbogenköpfen.

c) Die drei Verbände sollen der nächsten Sitzung des Reichsverbandes f. d. d. G. einen Antrag unterbreiten, durch den der Reichsverband ersucht wird, die unter a und b genannten Anregungen und Maßnahmen zu seinen eigenen zu machen.

II.

Es ist ein für alle drei Verbände gleichlautendes und von diesen gemeinsam zu zeichnendes Anschreiben anzufertigen, das zum Versand an Dienstgeber (Arbeitgeber) in allen denjenigen Fällen verwendet werden kann, wo unmittelbar oder mittelbar die Anmaßung zum Ausdruck kommt, daß ein verheirateter Gärtner die Zahl seiner Kinder nach dem Ermessen der Arbeitgeber bzw. der Dienstherrschaft beschränken soll, oder wo für eine Anstellung oder für die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses gar Kinderlosigkeit zur Bedingung gemacht wird.

Ein weiteres Anschreiben soll sich auf solche Fälle beziehen, in welchen Ledige verlangt werden, obgleich die Verhältnisse so liegen, daß die Stellung ganz gut auch an Verheiratete vergeben werden könnte.

III.

1. Die übermäßige Bevorzugung Lediger und solcher Verheirateten mit möglichst wenig Kindern und schließlich kinderloser Ehepaare steht in enger Zusammenhänge mit der Wohnungsfrage.

2. Die Bedingung, auf dem Grundstücke des Arbeitgebers und in dessen Räumlichkeiten zu wohnen, kann in den allermeisten Fällen nicht mehr als gerechtfertigt anerkannt werden. Sie ist in allen denjenigen Fällen zu bekämpfen, wo damit nur die einseitigen Vorteile des Arbeitgebers gewahrt werden.

3. Es ist zuzugeben, daß das Wohnen auf dem Grundstücke und in Räumlichkeiten des Arbeitgebers besonders für Privatgärtner heute vielfach gar nicht zu umgehen ist. Gereicht dieses beiden Teilen, gleichmäßig zum Nutzen, so ist dagegen auch nichts weiter einzusetzen, Einrichtung, Lage und Größe der Wohnung müssen aber den neuzeitlichen Gesundheitsanforderungen und all jenen Bedingungen entsprechen, die für eine angenehme Häuslichkeit Voraussetzung sind. Die Größe der Wohnung sollte möglichst in allen Fällen auf eine mit Kindern gesegnete Familie zugeschnitten sein.

4. Da leider feststeht, daß die Mehrzahl der Dienstgeber die unter 3 genannten Gesichtspunkte bisher nicht nach Gebühr berücksichtigt hat und da leider auch nicht zu erwarten steht, daß viele von diesen Arbeitgebern durch ein persönliches Vorstelligwerden der Angestellten oder infolge öffentlich ergoher Aufrufe die notwendigen Verbesserungen freiwillig veranlassen werden, so ist dahin zu wirken, daß die Reichs-, Staats-, Provinzial-, Kreis- und Ortsgesetzgebung nachdrücklich eingreift. Desgleichen ist auf die Bauarchitekten und deren Körperschaften und Organe einzuwirken, daß diese gleichfalls der Sache ihre Aufmerksamkeit zuwenden.

(Entwurf zu dem Anschreiben an die Herausgeber usw. der Fachpresse.)

An die Herren Herausgeber, Verleger und Schriftleitungen der gärtnerischen Fachpresse und aller sonstigen gartenbaulichen Zeitschriften.

Sehr geehrte Herren!

Der gegenwärtige Weltkrieg hat mit elementarer Wucht eine Frage in den Vordergrund nationaler und allgemein volkswirtschaftlicher Erörterungen

gerückt, die früher erst von nur wenigen Volkswirtschaftlern und Politikern in ihrer tieferen Bedeutung erfaßt und gewürdigt wurde: die Geburtenfrage. Der Krieg hat jedermann handgreiflich offenbart, daß das Dasein und die Geltendmachung eines Volkes im großen Weltwirtschaftsgebiete ganz wesentlich von seiner Menschenzahl abhängig ist. Ein Sinken der Geburtenziffer, ein Zurückgehen des alljährlichen Geburtenüberschusses ist gleichbedeutend mit einem Sinken des Einflusses dieses Volkes im weltwirtschaftlichen Wettbewerb mit anderen Völkern.

Solch ein Sinken der Geburtenziffer hat sich seit einigen Jahren vor dem Kriege auch beim deutschen Volke bemerkbar gemacht. Und der Krieg hat inzwischen bereits die weitesten Kreise gezwungen, sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Im vorigen Jahre hat sich eine besondere „Deutsche Gesellschaft für Bevölkerungspolitik“ gebildet, die sich die Aufgabe gestellt hat, den Ursachen der Erscheinung nachzuforschen und Mittel und Wege zur Beseitigung dieser Ursachen ausfindig zu machen; ein Bestreben, das unseres Erachtens allgemeine und nachdrückliche Unterstützung verdient und dem auch Sie jedenfalls freundlich gegenüberstehen werden. — Dieses erwägend unterbreiten wir Ihnen folgende Darlegungen mit der Bitte, unsern daran geknüpften Wunsch zu berücksichtigen.

Zu den zahlreichen Ursachen des Geburtenrückganges gehören auch solche, die mittelbar oder unmittelbar mit dem Arbeitsvertragsverhältnis in Verbindung stehen. Und zwar kommen hierbei wiederum solche allgemeiner Art in Betracht, wie auch solche, die als Berufseigenheiten bezeichnet werden können. Weiter ist in Betracht zu ziehen, daß es Zustände gibt, die schon seit altersher ehehindernd und geburtenzahlbeschränkend gewirkt haben. Auf einige dieser letzteren möchten wir hiermit Ihr Augenmerk lenken, und wir möchten Sie bitten, zu Ihrem Teil beizutragen, den daran Beteiligten recht eindringlich zum Bewußtsein zu bringen, daß sie ohne besondere Opfer in der Lage sind, diese Zustände zu bessern.

Ehehindernd und geburtenzahlbeschränkend wirken im gärtnerischen Arbeitsverhältnis einige alte Gewohnheiten, die nur zum Teil wirtschaftlichen Ursachen entspringen sind. Wir meinen zunächst die bekannte Tatsache, daß in der Erwerbsgärtnerei der verheiratete Gehilfe noch eine verschwindende Seltenheit bildet. Und die weitere, nicht weniger verborgene Tatsache, daß auch in der Privatgärtnerei der ledige Gärtner bevorzugt, daß an verheiratete aber regelmäßig die Zumutung gestellt wird, ihre Kinderzahl nicht nach eigenem Ermessen zu bestimmen, sondern dem Willen der Dienstherrschaft gemäß zu beschränken oder sogar — und das ist die allerbetrübtlichste Erscheinung — gänzlich kinderlos zu bleiben.

Da wir, wie schon bemerkt, überzeugt sind, daß es sich bei diesen Erscheinungen vor allem um üble alteingewurzelte Gewohnheiten handelt, die beibehalten werden, ohne daß die Mehrzahl der daran beteiligten Arbeitgeber sich bisher bewußt wurden, wie sie damit in verhängnisvollster Weise beitragen, die weltwirtschaftliche und weltpolitische Zukunft des deutschen Volkes zu gefährden, — und da andererseits ein Aufgeben solcher schädlichen Gewohnheiten den Arbeitgebern keinen wirklichen Schaden bringen wird, so glauben wir, daß entsprechende Hinweise und Aufrufe in der Fachpresse nicht fruchtlos bleiben würden, diese vielmehr als das beste Mittel zu betrachten sind, die Gedankenwelt dieser Arbeitgeber in bevölkerungspolitisch gesündere Bahnen zu lenken und damit zugleich auch wirtschaftlich und sozial gesündere Berufsverhältnisse herbeiführen zu helfen. Das eine ist so wichtig wie das andere.

Wir sprechen deshalb den Wunsch aus und richten an Sie die ebenso höfliche wie eindringliche Bitte, in Ihrer Zeitschrift — an auffälliger Stelle und mit auffälligen Lettern — einen sich womöglich in jeder Nummer wiederholenden kurzen Aufruf unterzubringen, in welchem deutlich und scharf ausgesprochen wird, daß jeder sich an der Zukunft unseres Volkes und Vaterlandes verständigt, der auch fürderhin die gerügten alten Gewohnheiten noch aufrecht erhält, wiewohl er in der Lage ist, diese aufgeben zu können. Einen Vorschlag für die Fassung eines solchen Aufrufs erlauben wir uns Ihnen hiermit zu unterbreiten.

Wer verheiratetes männliches Arbeitspersonal beschäftigen kann, soll das tun. Wer mit Kindern gesegnete Familienväter bevorzugt, erwirbt sich ein Verdienst um Volk und Vaterland. Sicherstellung der Zukunft des Vaterlandes bedingt: wachsende Menschenzahl.

Im übrigen werden Sie, wenn Sie unsere vorgetragene Anregung und deren Beweggründe billigen und wenn Sie gewillt sind, unserer Bitte Folge zu geben, am besten selbst in der Lage sein, die für Ihre Zeitschrift sich am meisten eignende Form und Fassung des Aufrufs zu wählen. — Im besonderen erscheint es uns zweckmäßig, daß Fachblätter, die einen Arbeitsmarkt-Anzeigenteil führen, den Aufruf in diesem Teile des-Blattes unterbringen und zwar, wenn der Arbeitsmarkt-Anzeigenteil mehrere Seiten füllt, dann nicht bloß einmal, sondern an verschiedenen Stellen, auf verschiedenen Seiten. Andere Zeitschriften, ohne Arbeitsmarkt-Anzeigenteil, können sehr gut einfach den textlichen Teil zur Unterbringung benutzen, was übrigens auch die vorhergenannten Fachblätter, sofern sie einen besonderen textlichen Teil enthalten, neben ihrem Arbeitsmarkt-Anzeigenteil von Zeit zu Zeit auch tun könnten.

Die ganze Angelegenheit ist von so großer nationaler und beruflicher Bedeutung, wie wir kurz angeführt haben, daß wir wohl hoffen dürfen, Sie werden unserer Anregung nicht ablehnend gegenüberstehen, sondern diese reiflich erwägen und dann unsern Wunsch, unsere Bitte erfüllen.

Für eine kurze Benachrichtigung über Ihre Stellungnahme wären wir Ihnen sehr dankbar, desgleichen für Übersendung eines Abdrucks derjenigen Nummer Ihrer gesch. Zeitung, in welcher unserer Bitte zum ersten Male Folge gegeben ist.

Hochachtungsvoll

(Folgen die Unterschriften der drei Verbände, gezeichnet von den Hauptvorständen und deren Vorsitzenden.)

Die Aussprache über diese Vorlage ergibt, daß damit den übereinstimmenden Ansichten aller Verhandlungsteilnehmer Ausdruck gegeben worden ist. Beschlossen wird weiter, eine Abschrift des unter Ia genannten Anschreibens auch dem Vorstände des Reichsverbandes f. d. d. G. zur Kenntnisnahme zuzustellen, ferner dem Vorstände der Vereinigung der gärtnerischen Fachpresse mit der Bitte um Unterstützung.

Der zweite Verhandlungsgegenstand bezieht sich auf die Frage der Kriegsteuerungszulagen. Die Berichte hierzu las-

sen erkennen, daß manche Erfolge erzielt worden sind, im allgemeinen ist die Lage aber unbefriedigend. Es soll ein Anschreiben angefertigt werden, das für Einzeleingaben an die Arbeit- bzw. Dienstgeber benutzt werden kann und das von den Hauptvorständen aller drei Verbände unterzeichnet wird. Die Eingaben selbst wird in den Einzelfällen der zuständige Verband für seine Mitglieder bewirken, jedes Mitglied muß sich dann aber auch persönlich hinter diese Eingabe stellen, andernfalls nur ausnahmsweise auf Erfolg zu rechnen sein wird. —

Arbeitsanfang und Arbeitsende in der Sommerzeit. Die Vorstellung der Uhren um täglich eine Stunde, seit dem 1. Mai, könnte zu berechtigten Beschwerden der Arbeitnehmer wegen Arbeitszeitverlängerung und anderem Anlaß geben. Es sollen deshalb während des gegenwärtigen Sommers Erfahrungen gesammelt werden, um später zu beraten, ob es angebracht, in dieser Hinsicht gemeinsame Richtlinien aufzustellen und dann zur Durchführung zu bringen. —

Der A.D.G.V. hat beschlossen, durch einen Fragebogen den gegenwärtigen Stand der Löhne und Gehälter zu ermitteln. Es soll versucht werden, für alle drei Verbände einen gleichlautenden Fragebogen aufzustellen, während die Ermittlungen dann jeder Verband in den ihm zugänglichen Kreisen zu bewirken haben würde. —

Allerseits wird dem Wunsche Ausdruck gegeben, die gegenseitig angeknüpften Beziehungen weiter zu pflegen und in Kürze wieder einmal eine gemeinsame Sitzung abzuhalten. — Die heutigen Beschlüsse über ehehindernde und geburtenbeschränkende Arbeitsbedingungen sollen in den Zeitschriften der drei Verbände abgedruckt werden. —

Durch eine nach dieser Sitzung stattgefunden gegenseitige Verständigung ist man sich schlüssig geworden, nicht bloß die zuletzt erwähnten Beschlüsse abzudrucken, sondern gleichzeitig den hier mitgeteilten zusammenfassenden Bericht zu geben.

Der erste Erfolg.

Am Freitag, den 28. Juli, ist das oben im Wortlaut wieder-gegebene Anschreiben an die Herausgeber, Verleger und Schriftleitungen der Fachpresse zur Post gegeben worden. Am Dienstag, den 1. August, hat der A.D.G.V. darauf die erste Antwort erhalten, die folgendermaßen lautet:

„Berlin SW 48, Friedrichstr. 16, den 31. 7. 16.

Die gewünschte Publikation wird so oft als möglich (nur, wenn Raum sehr knapp ist, nicht) aufgenommen werden.

Hochachtungsvoll

Geschäftsstelle der Berliner Gärtnerbörse
gez.: Gebr. Radetzki.”

Wir hoffen, daß bald weitere Zusagen eingehen werden und werden darüber dann laufend kurz berichten.

Das herausziehende soziale Zeitalter.

II.

(Schluß.)

Sollte es denn wirklich notwendig sein, den großen Volksmassen und den Staatenlenkern die Einsicht erst noch mit Worten nahezubringen, daß allein der soziale Gedanke künftighin noch Leitgedanke aller Volks- und Staatswirtschaft sein muß? Haben da die harten Tatsachen in der Zeit des Krieges noch nicht genug geredet? Uns will scheinen, sie hätten oft genug gradezu mit Donnerstimme gemahnt und gefordert.

Und uns will auch scheinen, daß nicht bloß in jenen großen Volksmassen, die vordem davon nichts wissen wollten, deren Ohren irgendwie dagegen verstopft waren, das Verständnis für den Sozialismus — nämlich den Friedens-Sozialismus — erwacht und gewachsen ist, sondern daß grade die in der Kriegszeit am Ruder befindlichen Staatslenker — möge man dabei an das Reich und seine Einrichtungen denken oder an die weiteren staatlichen, gemeindlichen und ähnlichen Gebilde — zu einem großen Teile in erkenntlicher Weise von dem sozialen Gedanken befruchtet worden sind. Eine Art ganz plötzlicher, uns überraschender Erleuchtung erlebten wir da schon bei Kriegesausbruch. Nichts von dem geschah damals, das die weitschauenden Führer der Arbeiterbewegung beim Ausbruch einer solcher Katastrophe als das Schicksal ihrer Organisationen in Berechnung gestellt und das die Feinde dieser Bewegung so sehnlich gewünscht hatten. Das Gegenteil erfolgte; man zollte dem Bestehen der Arbeiterorganisationen seine wohlwollende Anerkennung und räumte deren Leitern sogar Einfluß auf die im Landes- bzw. Reichsinnern zu treffenden sozialwirtschaftlichen und sozialpolitischen Maßnahmen ein. Man folgte gewiß nicht immer den Anregungen und Ratschlägen, die von Arbeiterseite ausgegangen sind — das konnte kein Mensch erwarten —, aber man zollte allem ernste Beachtung und erwog sehr deren Anwendbarkeit gegenüber anderen Vorschlägen und dergleichen. Und man machte sich davon gar manches zunutze, zunutze für das Volksganze. Erst in der Zeit nach dem Kriege werden wir wahrscheinlich einmal erfahren, was alles und wieviel Wertvolles aus dieser neuen Zusammenarbeit dem Volke erwachsen ist. Und wir werden dann wohl auch zu übersehen und zu überschlagen vermögen, was unterblieben sein würde, was

das lohnarbeitende Volk und die sonstigen diesem nahestehenden Erwerbsstände an Nachteilen zu erleiden gehabt hätten, wenn das Verhältnis zwischen den Angestellten-, Gehilfen- und Arbeiterverbänden einerseits und den Regierungsstellen andererseits ein anderes, ein gegeneinander ablehnendes gewesen wäre.

Man darf diesen Zustand nicht überschätzen, ganz gewiß nicht. Man soll ihn aber auch nicht unterschätzen. Einer Überschätzung macht sich schuldig, wer da glaubt und es so darstellt, als seien wir jetzt für alle Zeit über den Berg der Vorurteile und sonstiger Gegnerschaft hinweg, die vorher vorhanden waren. Zu einer Unterschätzung kommt aber, wer das geschilderte neue Verhältnis als einen Zustand ansieht, der den Krieg nicht überdauern kann. Und ein bedauerlicher Prinzipienreiter und Grundsatzwüterich wäre der, der gar meint, die Arbeiterorganisationen und deren Leiter seien dabei nur die Eingeseiften, die mit List „über den Löffel Balbirten“. Nüchtern betrachtet liegt es einfach so, daß nicht eine gegenseitige Liebe die beiden Teile zu gemeinsamem Wirken zusammengeführt hat, sondern daß eine eiserne Notwendigkeit den einen auf den anderen angewiesen und sie zu dem Verhältnis gezwungen hat. War man zu Anfang sicherlich hüben und drüben der Meinung, daß es nach dem Kriege wieder ganz anders werden würde, und traute darum auch der einen den andern nicht über den Weg, so scheint das jetzt allerdings schon etwas anders zu sein. Die große Zeitdauer des Krieges, die damit verbundenen großen Umwälzungen im Wirtschaftsleben, die schon heute als unumgänglich notwendig erkannten tief einschneidenden Maßnahmen nach dem Kriege müssen bereits beiden Teilen es erwünscht erscheinen lassen, daß sie sich nicht mehr soweit trennen, als das früher der Fall war. Der Staat kann nach dem Kriege nur noch als sozialer Staat seine Aufgaben erfüllen, und er benötigt zu diesem Zwecke in erster Linie die Kräfte und Gebilde, bei denen der soziale Gedanke schon am meisten eingewurzelt ist. Diese gewiß nicht ohne Widerstreben erworbene Erkenntnis dürfte heute allen verantwortlichen Staatslenkern sich so aufgedrängt haben, daß sie auch künftighin davon nicht mehr loskommen. Einigen Gruppen im Volke ist das sehr, sehr unangenehm: all denen, die in irgend welcher Form vom arbeitslosen Einkommen leben, von Kapitalgewinnen und Kapitalrenten. Und diese Gruppen sind schon eifrig an der Arbeit, die notwendige soziale Entwicklung zu hemmen und zu unterbinden; sie scheuen sich garnicht, zu diesem Zwecke auch gegen die Regierungskreise und deren verantwortliche Leiter anzustürmen, die es gewagt haben und wagen, sich mit dem sozialen Gedanken etwas zu befremden. Wer die politische Tagespresse und die bekannte Arbeiterpresse ein wenig aufmerksam liest, der erhält in dieser Beziehung gar manche Aufschlüsse. Man muß zugeben, daß grade die gegenwärtig in den Regierungen Verantwortlichen, die erkannt haben, daß das soziale Zeitalter im Anzuge ist und die den Mut besitzen, daraus für das Staatsleben die notwendigen Folgerungen zu ziehen, sich in der am wenigsten beneidenswerten Lage befinden. Sie sollen die, die vorher als die fast ausschließlichen Staatserhaltenden galten, jetzt nicht mehr so bewerten und mit den anderen, die sie sonst als Staatsumstürzer betrachteten, zum Wohle des Staates zusammenarbeiten. Andererseits ist es verständlich, wenn zahlreiche sozialistisch geschulte Arbeiter dem neuen, werdenden Zustande, dem früher nicht gekannten Verhältnis ihrer eigenen Leiter mit den „Regierungsmännern“ mißtrauisch gegenüberstehen, nicht daran glauben wollen, daß es sich da um einen ganz natürlichen, notwendigen Vorgang handelt, mit dem sich jeder abfinden muß. Mit dem sich auch jeder abfinden kann, der darüber ohne Vorurteile als nüchterner Betrachter der Dinge nachdenkt. — Der deutschen Volkswirtschaft sind durch den Krieg ganz ungeheure Wunden geschlagen worden; sie wird darum allen Grund und alle Ursache haben, nach dem Kriege sich so zu halten und einzurichten, daß diese Wunden möglichst bald wieder verharrschen und überwallen, damit sie möglichst bald das wieder zurückgewinnt, was ihr verloren ging oder daß sie sich dafür neue Betätigungsbereiche erschließt. Sie steht aber grade in der ersten Zeit vor neuen Störungsgefahren: es drohen ihr große und schwere Arbeitsausstände. Die Arbeiterschaft ist — als ganzes genommen — in der Kriegszeit sehr zurückgekommen; soweit sie von ihrem Arbeitseinkommen früher Sparrücklagen machen konnte, sind diese aufgebraucht, Kleider, Schuhe und alle Gebrauchsgegenstände in Haus und Familie bedürfen durchgängig weitgehender Erneuerung, dabei ist gar mancher noch tief in Schulden geraten. Die Löhne aber stehen mit der Teuerung, die ja fortauern wird, nicht in Einklang. Infolgedessen wird die Arbeiterschaft gezwungen sein, höhere Löhne zu fordern und diese zu erkämpfen, und sie wird — nach allen Erfahrungen in der Vergangenheit — dazu das Mittel des Arbeitsausstandes anwenden müssen. Die Not wird ihr solche Ausstände aufzwingen, selbst wenn die Bestände der Gewerkschaftskassen nicht ausreichen, die Streiks finanziell zu sichern. Man hat in der Kriegszeit „zum Nutzen anderer“ mit seiner Familie das Hungern gelernt, man wird das auch jetzt können, wo es gilt, für sich ganz allein zu kämpfen. Besonders aber werden grade die, die in der Kriegszeit das Vaterland im Gewehr- und Geschützfeuer mit ihrem Leben verteidigt haben, hier nicht zurückstehen.

Die deutsche Volkswirtschaft hat, als ein großes Ganzes vorgestellt, allen Grund und alle Ursache, diese drohenden Ausstände

hinzuzuhalten, damit sie erst einmal wieder zu Kräften kommt, um den Weltwettbewerb neu und mit Erfolg wieder aufnehmen zu können. Sie hätte als ein geschlossenes Ganze darauf ihr ganzes Augenmerk zu richten. Aber — sie ist eben nicht so geschlossen, ist im Grunde genommen ja überhaupt keine Wirtschaft des Volkes, sondern sie löst sich, bei Licht betrachtet, in unzählige Einzelgruppen, -grüppchen und Einzelunternehmungen auf, die ihren Blick weniger auf die Volksbedürfnisse richten, als viel mehr darauf, was jeweilig ihrem eigenen Geldbeutel frommt. Und so dürfen wir von dem kapitalistischen Privatunternehmer leider nicht erwarten, daß es als Ganzes seine vaterländische Pflicht erfüllen wird, müssen wir vielmehr auf dessen Versagen gefaßt sein. Es gibt nur eine Stelle, die vorbeugend, schlichtend, ordnend eingreifen könnte, weil sie über den streitenden Parteien steht, oder doch stehen sollte und stehen kann. Und deren Aufgabe es auch sein müßte, sich hier so zu betätigen, wie es der Volkswirtschaft als Gesamtheit, das heißt dem Gesamtvolke und seinem Wohlergehen frommt. Das ist die Regierung mit all ihren unter- und nachgeordneten Organen. Und es scheint auch, als wäre man sich durch den Krieg dieser seiner Aufgabe mehr und mehr bewußt geworden. Die Gewerkschaften aller Richtungen, durchaus nicht zuletzt die freien Gewerkschaften, sind, wie schon einmal hervorgehoben, in der Kriegszeit von Regierungsseite als eines der wichtigsten staatserhaltenden Elemente gewürdigt worden. Wie wichtig und notwendig man ihr Dasein und ihr Wirken heute erachtet, geht zum Beispiel auch daraus hervor, daß der deutsche Reichskanzler Bethmann-Hollweg in einer Unterredung mit dem Vorsitzenden der Generalkommission d. G. D., Carl Legien, die Frage aufgeworfen hat, ob es denn nicht möglich sei, eine einheitliche Gewerkschaftsorganisation zu schaffen oder doch wenigstens ein Kartellverhältnis zwischen den verschiedenen Richtungen und Gruppen herbeizuführen. Solche Äußerungen wollen doch schließlich allerhand sagen.

Weitere anschauliche Beispiele geben regierungsseitige Bemühungen zum Abschluß von Tarifverträgen. Sehr bemerkenswert ist da ein Vorgang aus jüngster Zeit, in der Glaswarenfabrikation. Am 20. Januar ds. Js. waren drei Hauptvorstandsmitglieder des Verbandes der Glasarbeiter Deutschlands beim Ministerium des Innern in Berlin vorstellig geworden, um die Regierung zu bewegen, daß zum Schutze der Thermometerindustrie Verhandlungen herbeigeführt werden, an denen Industrielle und Arbeiter teilnehmen, um in gemeinsamer Beratung die gegenwärtigen günstigen Verhältnisse für diese Industrie auch nach dem Kriege sicherzustellen. Eine erste derartige Verhandlung fand dann am 1. Juli in Ilmenau für Thüringen statt. Diese war von der Großherzoglichen Staatsregierung in Weimar einberufen und wurde geleitet vom Geheimen Staatsrat Dr. Unteutsch. Außerdem waren vertreten die Gotharische Regierung, die beiden Fürstlich Schwarzburgischen Regierungen, der preußische Regierungspräsident in Erfurt, Handelskammer, Gewerbeinspektion. Schließlich die Fabrikanten und die Arbeiter, letztere durch vier Vertreter des Glasarbeiterverbandes und zwei unorganisierte Arbeiter. Der im Verbandsblatt des Glasarbeiterverbandes über diese Verhandlung abgedruckte rein sachliche Bericht läßt erkennen, wie ganz allgemein der Gedanke der Organisation alle Teilnehmer beherrschte, alle: sowohl die Arbeiter-, als auch die Fabrikanten- und die Regierungsvertreter. Am Schlusse des Berichts heißt es: „Nach vierstündiger Beratung faßte der Vorsitzende, Herr Geheimer Staatsrat Dr. Unteutsch, die Ausführungen in einem kurzen Resümee zusammen und erklärte, daß nur ein gemeinsamer Tarif eine Besserstellung für die gesamte Industrie bringen kann, und wenn sich die Arbeiter und Unternehmer nicht organisieren wollen, so werden sie dies unter dem Zwang der Verhältnisse tun müssen. Unangenehm mag dies allerdings den anwesenden unorganisierten Arbeitern sein, aber es gibt keine andere Rettung, als wie die Organisation.“ So sprach der berufene Regierungsvertreter Geheimer Staatsrat Dr. Unteutsch.

Drei Tage später, am 4. Juli, fand eine zweite Verhandlung in Kottbus statt, für die Glasindustrie im Lausitzer Gebiet. Auch an dieser waren wieder Regierungsvertreter beteiligt, die sich ähnlich bemühten wie ihre Thüringischen Kollegen sich in Ilmenau bemüht hatten. Hier aber — vergeblich! Hier vertraten alle Unternehmer den rücksichtslosen Herr-im-Hause-Standpunkt, indem sie immer und immer wieder betonten, sie duldeten nicht, daß ihre Arbeiter sich organisieren. „Der Herr Reichsregierungspräsident“, so sagt das Verbandsblatt der Glasarbeiter, „und auch Herr Regierungs- und Gewerbevertreter Dr. Denker gaben sich die erdenklichste Mühe, eine Verständigung zu schaffen, aber leider vergeblich. Alle Vorschläge nach dieser Richtung schlugen fehl. . . . Noch einmal mahnte der Herr Reichsregierungspräsident zur Verständigung und wies auf die große Gefahr hin, die eventuelle wirtschaftliche Kämpfe nicht allein für die Arbeiter, sondern für die gesamte Industrie bringen. Doch vergeblich, die Unternehmer verließen ihren ablehnenden Standpunkt nicht und wollen damit auch in der Kriegszeit ihre Macht der Arbeiterschaft fühlen lassen.“

„Auch in der Kriegszeit ihre Macht der Arbeiterschaft fühlen lassen“. Das spricht Bände und zeigt sehr deutlich, wessen

man sich von solchen Unternehmern erst nach dem Kriege zu gewärtigen hat! Hier ist der Punkt, wo im heranziehenden sozialen Zeitalter die Gegensätze im Volksinnern noch lange und immer wieder zusammenprallen werden. Und: wo die Geister sich scheiden. Wo auch die Umwandlung der Begriffe, die Umwertung der Werte „staatsumstürzend“ und „volks- vaterlandsfeindlich“ vor sich gehen muß: von der Arbeiterschaft weg, hinüber zu denen, die sonst die „Staatsstützen“ und „Volks- und Vaterlandsfreunde“ waren oder doch als solche gegolten haben.

Eine Regierung, die die neue, soziale Zeit in ihrem Wesen erfaßt, kann gar nicht anders handeln, so sollte man als sachlicher Betrachter der Dinge wenigstens meinen, als daß sie die mit der Arbeiterschaft in der Kriegszeit angeknüpften Beziehungen nach dem Kriege weiter pflegt und sich bemüht, die ganze Entwicklung und auch die Gedankenwelt des sonst nur kapitalistisch rechnenden Unternehmertums mit sozialem Geist zu erfüllen. Unsere Aufgabe aber ist es, diese Entwicklung nicht in unsinniger Weise zu stören, sondern uns ihr ebenfalls in verständiger Weise anzupassen.

— o. a. —

Das fehlt gerade noch!

(Ein ganz zeitgemäßer Beitrag zur Geburtenfrage.)

Im „Schwarzwälder Boten“, vom 23. Juli 1916, befindet sich folgendes erbauliche Stellenangebot:

In eine kleinere Stadt bei Karlsruhe in Baden in eine alleinstehende Villa mit größerem Garten und etwas Landwirtschaft wird ein verheirateter

Hausverwalter

zum baldigen Eintritt gesucht. Bevorzugt wird eine Familie, welche kinderlos ist, mittleren Alters. Der Mann kann eventuell in einer Holz- bearbeitungsfabrik beschäftigt werden, wenn er die nötigen Kenntnisse besitzt. Auch ein Chauffeur kommt eventuell in Betracht oder Gärtner.

Kriegsinvalide

bevorzugt. Die Frau soll sich nötigenfalls im Haushalt mitbetätigen und etwas entsprechende Kenntnisse besitzen. Offerten unter C 1652 an Haasenstejn u. Vogler, A.-G. Karlsruhe i. B.

Wie wir sonst im allgemeinen festzustellen vermochten, hat die schon vor dem Kriege von ersten Bevölkerungspolitikern entfachte Bewegung gegen den Geburtenrückgang unter dem Eindruck des gegenwärtigen Krieges mit seinen ungeheuren Menschenverlusten in erkenntlicher Weise dahin geführt, daß die Forderung der Kinderlosigkeit sich heute in öffentlichen Stellenangeboten lange nicht mehr so häufig hervorwagt, wie das vorher der Fall war. Hier liegt nun einer der bereits seltener gewordenen Fälle vor und ein ganz besonders krasser Fall. Einmal wird eine kinderlose „Familie“ mittleren Alters verlangt, also ein Ehepaar, dessen Lebensalter durchaus noch für die Volksvermehrung in Betracht kommen würde, wenn der wohlhabende Arbeitgeber das erlauben möchte. Und dann wird noch auf einen kriegsbeschädigten gefahndet. Der Zweck der ganzen Übung tritt ebenfalls so klar wie nur möglich zutage. Denn es wird von Mann und Frau möglichst viel Arbeit verlangt. Daß die Bezahlung der Arbeit in keinem Verhältnis zu den zugemuteten Leistungen stehen wird, ist nach der ganzen Lage des Falles als selbstverständlich anzunehmen.

Und daß andererseits der in Frage kommende wohlhabende Mann sich auch bewußt sein wird, wie seine Ansprüche und Bedingungen moralisch zu werten sind, das kann man aus dem Umstande schließen, daß er verschämt seinen Namen verschweigt. Es fehlte bloß noch, daß der verschämte Unverschämte ein reichgewordener Kriegslieferant wäre.

O, wir werden noch viel zu tun bekommen, um solche Sorte Volks- und Vaterlands-„Freunde“ der öffentlichen Achtung und Stäupung preiszugeben und sie als das zu kennzeichnen, was sie in Wirklichkeit sind. Schade nur, daß diese „Spitzen der Gesellschaft“ ihr diesbezüglich „vaterländisches“ Bestreben immer mehr in die Dunkelkammer zurückziehen, daß sie ihre Namen nicht mehr so preisgeben und schließlich weder in öffentlichen Arbeitsmarktanzeigen noch Briefen von diesen Bedingungen verlaun lassen werden. Vorsicht und Klugheit werden mit der Zeit wohl auch noch den letzten dieser Volks- und Vaterlands-„Freunde“ bestimmen, künftighin darüber mit Worten zu schwelgen, — und nur noch so zu handeln.

Wir werden noch viel, viel zu tun bekommen, um das alte Übel selbst einmal auszurotten. Es gilt darum alle Kräfte, die mit uns dasselbe Ziel wollen, zu einer gemeinsamen Kampffront zusammenschließen. Im Gärtnerberuf ist ein guter, vielversprechender Anfang gemacht (man vergleiche den bezüglichen Bericht an anderer Stelle der heutigen Nummer unserer Zeitung).

Nachrichten von unsern Mitgliedern im Felde.

Aus dem Gau Hamburg:

Lüdemann, Hamburg, verwundet. — Max Müller, Hannover, schwer verwundet, Res.-Laz. Israelitisches Krankenhaus.

Hannover. — Gustav Haß, Hannover, erkrankt, Kriegslaz. 3, VI. d. Bug-Armee, Brest-Litowsk.

Aus dem Gau Düsseldorf:

Rich. Krakau, Düsseldorf, liegt verwundet im Festungslaz. Breslau, Yorkschule. — Rich. Schröder, Sanitäts-Uffiz., Essen, an Gelenkrheumatismus erkrankt, im Res. Laz. Opladen, Bez. Düsseldorf. — Hubert Hüsgen, Düsseldorf, an der Somme verschüttet, jedoch ungefährlich, im Reserve-Lazarett Euskirchen (Rheinland), Stube 16. — Ernst Pasenow, zuletzt Düsseldorf, liegt im Kriegslazarett Laon. — W. Risting, Oberkessel-Düsseldorf, sendet Grüße aus Frankreich. — Unteroffizier Schmidt, Düsseldorf, liegt verwundet in Magdeburg, Vereinslazarett, Gr. Münzstr. 10. — Julius Baumgart, Barmen, im Kriegslazarett Charleroi. — Max Buge, Köln, schreibt aus dem Osten, Mädlar, Köln, aus dem Westen.

Aus dem Gau München:

Seeliger, Kissingen, vermißt.

Aus dem Gau Leipzig:

Carl Barner, Gommern bei Magdeburg, erkrankt, im Hilfslazarett Wilhelma in Magdeburg. — A. Reimann, Chemnitz, verwundet, Festungslazarett Koblenz, Pavillon 1, Zimmer 32. — Rob. Hirte, Gotha, vermißt. — Adolf Schilling, Gotha, in russischer Gefangenschaft. — Louis Dreßler, Gotha, zum Unteroffizier befördert. — Robert Voigt, Leipzig, verwundet.

Aus dem Gau Berlin:

Aug. Schikalski, Berlin-Zehlendorf, war als vermißt gemeldet, ist in russischer Gefangenschaft; es geht ihm gut.

Das Eiserne Kreuz haben erhalten: Heinrich Becker, Hannover-Linden; Hermann Müller, Berlin-Grunewald, Ludwig Godau, Berlin. H. Rüttel, Hamburg, der schon früher das Eiserne Kreuz erhalten, ist jetzt auch mit dem Hamburger Hanseaten-Kreuz ausgezeichnet worden.

Bekanntmachungen

Gaue und Ortsverwaltungen

Berlin. Stellennachweis der Ortsverwaltung. An offenen Stellen liegen z. Zt. vor: 1 Obergehilfenstelle für Berliner Kulturen, wöchentlich 36 Mk. — 1 Obergehilfenstelle des gleichen. — 1 Gehilfenstelle in Privatgärtnerei, wöchentlich 15 Mk. und freie Station. — 2 Gehilfenstellen in Handelsgärtnerei, 27—32 Mark die Woche und Wohnung. — 1 Gehilfe für Stauden, wöchentlich 35 Mk., Wohnung, Kaffee, Sonntags Mittagessen. — Sämtliche Stellen Umgegend Berlin.

Für Gut in der Uckermark ledigen Gärtner. — Für Gut und Mühlenbesitzung bei Weißenfels a. S. Gärtner, der auch Geflügelzucht versteht.

Gedenktafel

für unsere im Kriege gefallenen Mitglieder.

E. Hoffmann,

Mitglied in Stettin, laut Feldpostangabe gefallen.

Max Krebs,

geb. 5. März 1894 in Riesenburg (Westpr.), eingetr. 2. Okt. 1913 in Berlin, Mitglied in Magdeburg, in der Sommeschlacht gefallen.

Friedrich Liebigt,

Mitglied in Leipzig, ist seiner schweren Verwundung (Kopfschuß) im Lazarett erlegen.

Heinr. Schmieder,

eingetr. 16. Juni 1909, Mitglied in Breslau, gefallen.

Franz Tesch,

geb. 18. Sept. 1884 in Brenkendorf bei Anklam, eingetr. 1. April 1907 in Bremen, Mitglied in Hannover, ist am 21. Juli 1916 in der Sommeschlacht gefallen.

August Zurny,

eingetr. 16. Nov. 1912, Mitglied in Breslau, gefallen.

EHRE IHREM ANDENKEN!

„Gartengestaltung der Neuzeit“

(v. Laage, W. u. Stahl, 8.)
gebraucht aber gut erhalten zu kaufen gesucht. Angebote erb. Bedingung: Krieg.
Herr C., II. Mar.-Div., II. Marine-Inf.-Reg., 1. Btl., 4. Komp.

Granige Wege werden gereinigt d. Grastod. Mit dopp. so viel Wasser verd. u. d. Gießkanne verg. w. d. Gras getötet. 100 kg M 12 ab Fabr. Mindestabz. 50 kg. Gef. wird voll rückverg. Wiederverk. hoh. Rab. C. Hülsmann, Freiherzstr. 8 V.